

upps...

# Kleine Einkommen, kleine Renten

**ALTERSARMUT** | Ein Plädoyer für mehr sozialen Ausgleich in der Rente und soziale Umverteilung



**JUDITH KERSCHBAUMER** ist Leiterin der Abteilung Sozialpolitik bei ver.di Berlin

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist lohn- und beitragsbezogen, das heißt sie orientiert sich am erzielten Arbeitsentgelt. Wer Beiträge für ein geringes Entgelt zahlt, bekommt später auch nur eine kleine Rente. Die Rente ist ein Spiegelbild des Erwerbslebens und hat Lohnersatzfunktion. Was im Erwerbsleben schiefläuft, kann die Rente nicht reparieren. Auch die jährlichen Rentenanpassungen orientieren sich an der Lohn- und Gehaltsentwicklung. Es kommt also ganz entscheidend auf die Erwerbsbiographie an.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist aber in erster Linie eine Sozialversicherung und hat solidarische Umverteilungselemente. Diese kommen etwa Versicherten mit kleinen Einkommen zugute, die lange in die Rentenversicherung eingezahlt haben, ebenso denjenigen, die Kinder erzogen oder Pflegeleistungen erbracht haben sowie Frauen, die grundsätzlich eine höhere Lebenserwartung als Männer haben. Das ist wichtig und richtig. Je mehr jedoch das Leistungsniveau abgesenkt und Versicherte darauf verwiesen werden, zusätzlich und privat – kapitalgedeckt – für das Alter vorzusorgen, desto geringer wird auch der soziale Ausgleich.

Hinzu kommt, dass sich der Arbeitsmarkt in einer Schieflage befindet: Der Niedriglohnsektor weitet sich aus, prekäre und sozial ungesicherte Beschäftigung nimmt zu. Seit Jahren sinken die Löhne, statt zu steigen. In vielen Branchen, wie etwa im Einzelhandel, werden keine Vollzeit-, sondern nur noch Teilzeitbeschäftigungen angeboten – durchweg Komponenten, die sich unmittelbar auf die Rentenhöhe auswirken. Aufgrund der zahlreichen „Kürzungsreformen“ werden die Zeiten, die erforderlich sind, um das Grundsicherungsniveau zu erreichen, immer länger – oder umgekehrt, immer mehr Menschen werden künftig Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen.

Dies alles ist den politisch Verantwortlichen bekannt beziehungsweise sollte ihnen bekannt sein. Sie wissen, dass Altersarmut droht und viele Menschen bereits erreicht hat. Was tun sie? Genau das Gegenteil dessen, was gerecht und sozial wäre. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit dem Bundestagsbeschluss am 28. Oktober 2010 die rentenrechtliche Bewertung von

Alg II-Zeiten gänzlich abgeschafft und bestraft so Menschen, die länger arbeitslos sind. Sie sorgt mit ihrer unnachgiebigen Haltung gegen einen angemessenen gesetzlichen Mindestlohn dafür, dass Versicherte, die wenig verdienen, noch schneller in Altersarmut fallen. Und sie verweigert sozial abgefederte Übergangsregelungen wie

zum Beispiel die Altersteilzeit. Auch sieht sie keine Notwendigkeit, dass Menschen, die zu jung für eine Altersrente, aber zu krank für eine Erwerbsarbeit sind, eine auskömmliche Erwerbsminderungsrente erhalten. Kurzum – sie ignoriert die Probleme und Sorgen des größten Teils der Erwerbstätigen, Rentnerinnen und Rentner völlig.

Über drei Jahre nach Verabschiedung der „Rente mit 67“ sehen immer mehr Menschen, dass dies ein entscheidender Fehler der Politik war. Da Ältere auf dem Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben, bedeutet die Anhebung des Renteneintrittsalters für Viele ein längeres Verweilen in Arbeitslosigkeit. Altersarmut wird so zur unmittelbaren Bedrohung.

Was also müsste getan werden und was können und müssen wir von einer Bundesregierung, die unsere Interessen zu vertreten hat, in Sachen Rente erwarten? Die Rentenkürzungsreformen der letzten Jahre müssen rückgängig gemacht werden. Die Rente mit 67 muss abgeschafft werden. Alterssicherungspolitik muss wieder einen stärkeren Fokus auf das Soziale legen. Dazu sind beispielsweise die „Rente nach Mindesteinkommen“, die heute nur noch für rentenrechtliche Zeiten bis 1992 gilt und die kleine Verdienste in der Rente sozial ausgleicht, fortzuführen und Zeiten der längeren Arbeitslosigkeit wieder und deutlich besser rentenrechtlich zu berücksichtigen.

Rente muss zum Leben reichen. Die gesetzliche Rentenversicherung ist kein Reparaturbetrieb für eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik: Wer nicht ausreichend sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sein kann, ist im Alter oft nur ungenügend abgesichert. Deshalb muss Vollzeiterwerbsarbeit zum Regelerwerbsmodell für alle Menschen werden, ein ausreichender gesetzlicher Mindestlohn muss eingeführt, ordentliche Lohnsteigerungen müssen zu ordentlichen Rentensteigerungen führen, der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert und Maßnahmen zu „Gesunder Arbeit“ flächendeckend vereinbart werden. Und natürlich müssen all diese Maßnahmen finanziert werden – durch einen größeren steuerfinanzierten Ausgleich in der Rente und damit mit mehr sozialer Umverteilung.

# Die Rache des Maulwurfs

So geht es, wenn es immer nur billig, billig, billig sein soll. Zum dritten Mal innerhalb von sechs Jahren hat der rot-rote Berliner Senat dem privaten Briefdienstleister Pin Mail AG den Auftrag zum Versand der Behördenpost des Landes Berlin erteilt. Weil Pin ja so schön billig ist. Dank Lohndumping und Arbeitsdruck. Den roten Senat schert das nicht. Das aber schlägt dann doch irgendwann mal auf die Täter zurück, gewissermaßen als Rache des Maulwurfs, aber nichts gegen den. In nur zehn Monaten 2009 und 2010, so meldet der Berliner *Tagesspiegel*, haben 125 000 Verwarungen der Berliner Polizei ihre Empfänger nicht erreicht. All die vielen geldwerten Knöllchen – verschwunden in den Untiefen der Pin Mail AG. Die kommt das Land Berlin dann eben doch teuer zu stehen. Klar, wenn man den gesetzlichen Mindestlohn auf Parteitagen fordert, aber im Regierungsamt das Dumping bedient, setzt man schließlich sogar die öffentliche Ordnung aufs Spiel.

knies

nachgehakt

# Vom Praktikum zur Probearbeit

**AUSBILDUNGSMARKT** | Die Qualität der Ausbildung sinkt, die prekäre Beschäftigung junger Menschen nimmt zu



**RINGO BISCHOFF** ist Bundesjugendsekretär von ver.di

**ver.di PUBLIK** | Die Bundesagentur für Arbeit zieht eine positive Bilanz für das Ausbildungsjahr 2010. Geht es aufwärts?

**RINGO BISCHOFF** | Erfreulich ist, dass es überhaupt einmal wieder mehr betriebliche Ausbildungsplätze gibt, in den letzten Jahren ist ihre Zahl ständig gesunken. Aber: Rund 552 000

junge Menschen suchen einen Ausbildungsplatz, von den Betrieben werden jedoch nur 425 500 Plätze angeboten. Mehr als 126 000 stehen daher auf der Straße oder landen in so genannten Maßnahmen. Der Start ins Berufsleben beginnt mit schlechten Perspektiven.

**ver.di PUBLIK** | Wie steht es um die Qualität der Ausbildung?

**BISCHOFF** | Die Qualität der Ausbildung ist stark abgefallen. Einmal was die Inhalte angeht: Lerne ich alles notwendige, was ich brauche, um auch tatsächlich in dem Beruf arbeiten zu können? Oft sind sie einfach nur billige Arbeitskräfte. Und vor allem ist die Bereitschaft zur Übernahme kaum noch vorhanden. Doch ohne Übernahme keine Praxiserfahrung, auf die viele Arbeitgeber schauen. Mindestens eine befristete Übernahme ist daher wichtig. Zwei Drittel aller Auszubildenden werden jedoch nicht übernommen – und haben damit schlechtere Chancen.

**ver.di PUBLIK** | Mehrere Studien aus jüngster Zeit haben ergeben, dass immer mehr junge Menschen unter 25 oder 30 Jahren in prekären Arbeitsverhältnissen stecken.

**BISCHOFF** | Ja, das nimmt stark zu. Wer zum Beispiel eine zweijährige Ausbildung gemacht hat, wird schlechter bezahlt als jemand mit einer dreijährigen Ausbildung. Das Argument: Wir wollen Leuten, die nicht so gut im Lernen sind, eine Arbeitsmöglichkeit geben, ist nur eine halbe Wahrheit. Es wirkt sich auf die Bezahlung aus und auf die Art der Beschäftigung.

**ver.di PUBLIK** | Die Arbeitgeber wollen die zweijährigen Ausbildungen ausweiten.

**BISCHOFF** | Ja klar. Das ist eine kostengünstige Möglichkeit, schnell Leute in Anlernberufe zu bekommen. Der Fachkräftemangel kommt ja nicht von ungefähr. Zum einen werden zu wenig Leute ausgebildet, zum anderen sinkt die Qualität der Ausbildung. Und dann folgen befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, so genanntes Probearbeiten oder noch ein Praktikum. Meist unbezahlt, aber immer mit dem Anreiz: Danach gibt es eine Stelle. Woraus am Ende doch nichts wird. Was macht das mit den jungen Menschen? Die stehen unter Druck, wollen zeigen, wie gut sie sind. Sie sind bereit, alles aus sich herauszuholen, gerade wenn sie in einer Befristung oder in einem Praktikum stecken. Denn sie wollen ja einen unbefristeten Job – es klappt aber nicht. Daher können sie nichts planen. Ob es um Familiengründung oder auch nur um eine Anschaffung geht.

# Echt bedient

**ELTERNGELD** | Die Bundesregierung streicht den Reichen das Elterngeld und macht sie dennoch reicher



**PETRA WELZEL** ist Redakteurin der *ver.di PUBLIK*

Der Aufschrei war wohl zu groß: Die schwarz-gelbe Bundesregierung will Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld streichen. Aber damit dieser Posten im Sparpaket nun nicht ganz so ungerecht daherkommt, will die Regierungskoalition jetzt auch den Reichen das Elterngeld streichen. Reich sind diejenigen Ledigen, die

250 000 Euro im Jahr verdienen, und diejenigen Ehepaare, die 500 000 Euro versteuern. Sie sind auch die, die den Spitzensteuersatz von 45 Prozent zahlen müssen, die so genannte Reichensteuer. Die Schwarz-Gelben verbuchen ihre Korrektur beim Elterngeld deshalb als ausgleichende Gerechtigkeit.

Allerdings hat das Ganze wieder einmal rein gar nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Man darf ja mal fragen, warum eine Spitzenverdienerin mit 249 999 Euro im Jahr weiterhin Elterngeld bekommen wird, oder ein Paar mit einem Einkommen von 499 999 Euro? Und man darf auch fragen, warum Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld jetzt nicht wieder zugestanden wird? Schließlich bekommen sie bisher lediglich den untersten Satz von 300 Euro im Monat, während die Reichen 1800 Euro erhalten. Die Antwort ist relativ banal: Noch immer steuern die Hartz-IVler durch die Streichung bei ihnen 400 Millionen zum Sparpaket bei, während bei den nach Schätzungen 2 000 betroffenen Reichen nur zehn Millionen zusammen kommen werden.

Unter dem Deckmäntelchen der Gerechtigkeit verkaufen die Bundeskanzlerin und ihre Kumpanen „die Menschen in diesem Land“, wie Angela Merkel so gerne sagt, wieder einmal für blöd. Jede und jeder kann sich ausrechnen, dass es die Spitzenverdiener in keiner Weise berühren wird, ob sie Elterngeld bekommen oder nicht. Merkel hat sie längst auf andere Weise bestens bedient: Die Reichen verdienen ihr Geld nämlich bei den Banken und Großkonzernen in diesem Land, die dank üppiger Rettungsgelder und Steuergeschenke die Reichen durch noch höhere Gewinnausschüttungen noch reicher machen werden. Armes Deutschland.

# Klappe zu. Schluss. Aus

**WOCHENARBEITSZEIT** | Wirtschaftsforscher versucht, die 45-Stunden-Woche ins Gespräch zu bringen



**WOLFGANG UELLENBERG VAN DAWEN** ist Leiter des ver.di-Bereichs Politik und Planung

Es ist wie in einem schlechten Film. Teil 1: Das Monster erscheint, hier der Fachkräftemangel. Alle blicken auf die Leinwand und gruseln sich, keiner sieht mehr ins Publikum um sich herum und erkennt die Millionen Menschen, die eine Arbeit suchen, oder die Jugendlichen in Warteschleifen ohne Ausbildung. Klappe fällt – Teil II: Hauptdarsteller

Professor Klaus Zimmermann, umstrittener Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. O-Ton laut *Bild*: Die Wochenarbeitszeit müsse auf 45 Stunden steigen, um den Mitarbeitermangel auszugleichen. Die 37,5- oder 38-Stunden-Woche sei auf jeden Fall vorbei. Vor allem in den exportorientierten Branchen wie Maschinen- und Anlagenbau, aber auch in der Gesundheits- und Pflegebranche werde es Bedarf nach längeren Arbeitszeiten geben.

Der Zuschauer denkt erstmal: Richtig, da fehlen Arbeitskräfte. Die tätige Arbeitskraft aber erfährt Tag für Tag, wie hart die Arbeit im Maschinen- und Anlagenbau ist und wie viele Überstunden sie jetzt schon leisten muss. Dafür bekommt sie Überstundenzuschläge und Gutschriften auf dem Arbeitszeitkonto. Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden würde bedeuten: Keine Zuschläge und keine Zeitgutschrift.

Wäre Herr Zimmermann ehrlich, müsste er im Klartext fordern: Im Aufschwung sollen die Arbeitskosten für die Unternehmen sinken und die Beschäftigten weniger Geld bekommen. Aber das tut er nicht. Und damit das keiner merkt, nimmt er noch die Pflege- und Gesundheitsbranche dazu. Denn da fehlen wirklich Fachkräfte. Seit Jahren liegt auf den Kosten fürs Personal im Gesundheitswesen und in der Pflege ein Betondeckel. ver.di will den Deckel wegschieben – aber das kostet die Arbeitgeber über die Sozialbeiträge mehr Geld. Also sollen die, die jetzt schon bis an die Grenze der Belastbarkeit arbeiten, noch mehr arbeiten. Und damit jetzt kein Zuschauer die vielen jungen ausgebildeten Fachkräfte sieht, die nur befristet oder als Praktikanten für wenig Geld eingestellt werden – ist der Film mit Herrn Zimmermann auch schon zu Ende. Ende der Vorstellung.